

## **Anträge der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Jahr 2011**

### **...und was daraus geworden ist.**

**Januar 2011**

#### **Begrünung der L398 zwischen „Neumayerkreisel“ und „Aralkreisel“**

...zur Förderung von Tourismus und Stärkung des Einzelhandels in unserer Kleinen Residenz erscheint es sinnvoll, den Alleincharakter der Dr.-Edeltraud-Sießl-Allee durch beidseitige Straßenbepflanzung weiter in Richtung Autobahn fortzusetzen. Durch diese optische Aufwertung der Hauptzufahrtsstraße wird es gelingen, zusätzliche Gäste über die eher nicht einladende Umgehungsstraße (Kaiserstraße) bzw. den Autobahnzubringer (Bischheimer Straße) in das Zentrum von Kirchheimbolanden zu „locken“.

Gerade in Zusammenhang mit der Planung der Gestaltung des Kreisels an der Araltankstelle bietet sich jetzt an, ein ganzheitliches Konzept zu erarbeiten, das in Einklang steht mit der angestrebten Stadtentwicklung von Kirchheimbolanden, nämlich

- der Stärkung der Stadtmitte
- der Stärkung des Einzelhandels
- der Stärkung des Tourismus
- der Aufwertung des geplanten Ensembles aus Orangerie, Stadthalle sowie Schlossgarten und barockem Terrassengarten.

Die vorgeschlagene Bepflanzung der Bischheimer Straße ist eine logische Umsetzung der Ideen, die bereits mit dem am 14.6.2010 vom Stadtrat verabschiedeten städtebaulichen Konzept und den am 28.10.2009 in der 3. Stadtratssitzung diskutierten Perspektiven einer zukünftigen Stadtentwicklung vorbereitet wurden.

Wir stellen daher den Antrag, in der ersten Stadtratsitzung des Jahres 2011 die Begrünung der L398 zwischen „Neumayerkreisel“ und „Aralkreisel“ mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

*Der Antrag wird in der Haupt- und Finanzausschusssitzung angenommen. Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung eines entsprechenden Konzepts beauftragt. Dank der Kooperationsbereitschaft vieler Anlieger kommen die Planungen bisher gut voran.*

**April 2011**

#### **Wasserversorgung durch die WVR**

...hiermit stellt unsere Fraktion den Antrag, dass seitens der Stadt eine öffentliche Informationsveranstaltung zur Fusion zwischen Stadtwerke GmbH und WVR und zu den Perspektiven für die Entwicklung der Wasserversorgung durchgeführt wird. Die Veranstaltung soll noch vor den Sommerferien stattfinden, verantwortliche Vertreter der WVR sollen eingeladen werden.

Begründung:

Nach der Fusion sind viele Fragen unbeantwortet geblieben, wie z.B. die nach dem Zustand unseres Leitungsnetzes, die nach den Sicherungsmaßnahmen für die Wasserqualität nach einem Chemieunfall, die nach der Verwendung der durch den Wasserpreis erzielten Erlöse oder die nach den Profiteuren der angeblichen Wasserpreissenkung von 500.000 €/Jahr.

Den Bürgern soll auf dieser Veranstaltung die Möglichkeit gegeben werden von den Verantwortlichen der WVR eine Stellungnahme zu ihren Fragen zu erhalten. Dies ist ganz im Sinne des Leitbilds der Stadt Kirchheimbolanden: "Alle Beschlüsse, die von allgemeinem Interesse sind, verhandeln und beschließen wir öffentlich, um Entscheidungsprozesse transparent zu machen."

*Der Antrag wird in der Stadtratssitzung vom 11.05.2011. einstimmig angenommen. Hier der Wortlaut der Sitzungsniederschrift:*

Antrag der Fraktion die Grünen

Az.: 4/116 175 1/08

Rm. Dr. Sauer erläutert den in der Anlage beigefügten Antrag der Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“.  
Die Mitglieder des Stadtrates unterstützen diesen Antrag einstimmig.  
Stadtbürgermeister Hartmüller sagt zu, sich um einen Termin für diese Veranstaltung zu bemühen.

*Trotz wiederholter Anfragen zur Umsetzung des Beschlusses kündigt BM Hartmüller erst Ende 2011 die Organisation einer Informations- und Diskussionsfahrt zum Wasseraufbereitungswerk der wvr in Guntersblum an. Wir wenden ein, dass dies nicht im Sinne unseres Antrags sei, die Fahrt findet am 11.02.2012 (!) trotzdem statt. Obwohl öffentlich angekündigt, nimmt kein einziger Bürger an dieser Fahrt teil, lediglich 10 Ratsmitglieder sitzen im großen Reisebus, den der Bürgermeister bestellt hat. Selbst die größten Befürworter der Fusion mit der wvr haben an diesem Tag anscheinend besseres vor. Bürgermeister Hartmüller hatte zwischenzeitlich bestritten, dass über unseren Antrag überhaupt abgestimmt wurde. Nun hat er in der Sitzung vom 21.03.2012 (mit 10 monatiger Verzögerung) zumindest diesen Sachverhalt anerkannt. Von einer Umsetzung des Beschlusses ist aber nach wie vor keine Rede.*

**Mai 2011**

### **Bau eines Bürogebäudes für BorgWarner**

...die Stadt Kirchheimbolanden beabsichtigt, ein Bürogebäude zu erwerben und für gewerbliche Zwecke zunächst an die Fa. BorgWarner zu vermieten. Es stehen Kosten von mehr als 4 Mio. € im Raum, seit Dezember 2010 wurde mehrfach in nichtöffentlichen Rats- und Ausschusssitzungen mündlich über diesen Vorgang berichtet. Teils wurden widersprüchliche Angaben gemacht, konkrete Zahlen zur Wirtschaftlichkeit des Projekts, nähere Informationen über den potentiellen Bauträger/Projektentwickler DBB bautec oder detaillierte Informationen zur Bauausführung wurden bisher nicht vorgelegt. Die von BorgWarner und der Stadt Kirchheimbolanden unterzeichnete Absichtserklärung lässt Zweifel am längerfristigen Bedarf für den Büroraum aufkommen, selbst bei unverändert guter Wirtschaftslage wird ein Abbau der Belegschaft von derzeit 2400 auf 1400 Mitarbeiter nicht ausgeschlossen.

Unter diesen Bedingungen ist eine sachlich fundierte Entscheidungsfindung u. E. nicht möglich, der Bedarf für das Gebäude ist fraglich. Im Einklang mit dem Leitbild der Stadt Kirchheimbolanden, Entscheidungsprozesse transparent zu machen, stellen wir daher folgenden Antrag:

Der Bau bzw. Erwerb eines Bürogebäudes zur gewerblichen Nutzung ist im öffentlichen Teil der nächsten Sitzung des Stadtrats zu diskutieren.

Desweiteren beantragen wir, dass die Fa. BorgWarner sowie die Fa. DBB Bautec zu diesem Thema im Rat gehört werden.

Zur Beurteilung des Projekts ist ein Angebot eines weiteren Bauträgers/Projektentwicklers einzuholen. Falls dies nicht möglich ist, ist das Projekt durch einen unabhängigen Sachverständigen zu bewerten.

*Der Antrag wird von Bürgermeister Hartmüller ohne Begründung nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Die Kommunalaufsicht sieht in dieser Vorgehensweise mit Verweis auf tangierte Grundstücksangelegenheiten keinen Verstoß gegen die Kommunalordnung.*

*Das gesamte Projekt, das eine der größten Investitionen der Stadt in den letzten 20 Jahren darstellt, wird ausschließlich in nicht-öffentlichen Sitzungen abgewickelt. So will man nicht nur die Bürger fernhalten, sondern auch verhindern, dass Ratsmitglieder die Thematik öffentlich machen. Selbst nach Abschluss des Verfahrens und gesetzlich vorgeschriebener, öffentlicher Bekanntmachung des Bauvorhabens im EU-Amtsblatt, man den Ratsmitgliedern einen Maulkorb verpassen. Aufgrund der Berichterstattung in der Rheinpfalz vom 6. Oktober werden die Ratsmitglieder Bock und Willenbacher förmlich vom Bürgermeister gerügt, selbstverständlich in nicht-öffentlicher Sitzung. Begründet wird die Rüge mit vagen Vermutungen und Verdächtigungen des Bürgermeisters, das was in der Donnersberger Rundschau zu lesen war, stellt jedenfalls keinen Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht der Ratsmitglieder dar.*

*Übrigens: in keiner der Sitzungen ist je ein Vertreter der Firma BorgWarner anwesend, alle Forderungen und Ansprüche seitens der Firma (Verpflichtungen gibt es ja praktisch keine) werden über den Bürgermeister an den Stadtrat herangetragen.*

**August 2011**

### **Antrag: Überprüfung von Vorrangflächen für erneuerbare Energien**

...zur nächsten Stadtratssitzung stellt die Stadtratsfraktion der Grünen zusammen mit Ratsmitglied Thomas Bock den nachfolgenden Antrag:

Der Stadtrat beschließt im Hinblick auf eine nachhaltige Energieversorgung mit lokaler Wertschöpfung zu überprüfen, welche Flächen im Bereich der Stadt Kirchheimbolanden für die Nutzung von erneuerbaren Energien (Photovoltaik, Windkraft, Biomasse) besonders geeignet sind und dafür ausgewiesen werden können. Mit der Prüfung soll ein fachkundiges Ingenieurbüro beauftragt werden.

Begründung:

Im Einklang mit dem Donnersberger EnergieKonzept und als Konsequenz aus dem kürzlich beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergienutzung ist auch die Stadt Kirchheimbolanden gefordert, einen Beitrag zu einer nachhaltigen und sicheren Energieversorgung zu leisten.

Zudem ergeben sich hieraus wirtschaftliche Vorteile für Stadt und Region (Arbeitsplätze, Pacht- und Steuereinnahmen). Die Direktvermarktung bzw. die kommunale Selbstnutzung des Stromes könnte längerfristig weitere finanzielle Vorteile für Stadt und Bürger erbringen.

*Der Antrag wird in der Ratssitzung vom 17.08.2011 einstimmig angenommen.*

*Maßnahmen zur Umsetzung sind bisher nicht bekannt.*

### **Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Windkraftanlage auf dem Hungerberg**

... die Stadtratsfraktion der Grünen stellt zusammen mit Thomas Bock/Die Linke den Antrag, auf der nächsten Sitzung des Stadtrats das Thema Windkraft auf dem Hungerberg zu behandeln und über folgende Beschlussvorlage abzustimmen:

Der Stadtrat befürwortet vorbehaltlich der planungs- und baurechtlichen Genehmigungsfähigkeit grundsätzlich die Errichtung einer Windkraftanlage auf der Kirchheimbolandener Gemarkung des Hungerbergs. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob und wie eine städtische Gesellschaft und die Bürger am Betrieb dieser Anlage beteiligt werden können.

Begründung:

Aufgrund der Initiative mehrerer Gemeinden aus den VG Kirchheimbolanden und Göllheim laufen derzeit Planungen für den Bau eines Windparks auf dem Hungerberg. Auch auf der Gemarkung Kirchheimbolanden könnte eine Anlage ca. 800 -1000 m südöstlich vom Edenbornerhof errichtet werden. Damit kann auch die Stadt Kirchheimbolanden im Einklang mit den Zielen des in Arbeit befindlichen Energie- und Klimakonzepts einen Beitrag zur nachhaltigen Energieerzeugung leisten. Durch den Betrieb der Anlage entstehen Einnahmen für die Stadt Kirchheimbolanden.

Direktvermarktung bzw. die kommunale Selbstnutzung des Stromes würden weitere finanzielle Vorteile für die Stadt und deren Bürger erbringen.

Durch Beteiligung der Bürger bzw. einer städtischen Gesellschaft wie z.B. der PUS würde die Wertschöpfung vor Ort gehalten.

*Der Antrag wird bei 4 Ja-Stimmen mit 18 Gegenstimmen und einer Enthaltung abgelehnt.*

*Ein weniger verbindlicher Antrag aus der CDU-Fraktion wird mit 17 Ja-Stimmen angenommen.*